

Energieszene Schweiz

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES**

Band (Jahr): - **(1987)**

Heft 3: **Nagra : wie immer ohne Gewähr**

PDF erstellt am: **23.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Schweiz Die Fische im Luganersee sind wegen der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl noch immer stark radioaktiv verstrahlt (bis zu 5000 Becquerel pro Kilo [Bq/kg]). Unter optimistischen Annahmen wird der Toleranzwert (600 Bq/kg) bei den planktonfressenden Fischen gegen Ende dieses Sommers, bei den fischfressenden Fischen hingegen erst etwa ein Jahr später wieder unterschritten sein. AZ, 6.6.87

Schweiz Experten der Ulmer Hochschule fingen im Auftrag des Stuttgarter Umweltministeriums im süddeutschen Schluchsee zwei mit einer Cäsium-Belastung bis zu 319 Bq/kg verseuchte Hechte. Die badenwürttembergische Verbraucherzentrale bezeichnet den Genuss von Fischen mit einer Belastung von über 50 Bq/kg als «nicht unbedingt empfehlenswert». Gefahr bestehe allerdings weniger für den Normalverbraucher als für die vielen Freizeitangler, bei denen selbstgefangene Fische öfter auf der Speisekarte auftauchen. Das Sozialministerium in Stuttgart hält indes diese Belastung für gesundheitlich gänzlich harmlos, während in der Abteilung für Landwirtschaft im Ernährungsministerium Vorsicht empfohlen wird: Kleinkinder und schwangere Frauen sollten auf den Genuss von Fischen aus dem Schluchsee verzichten. Die dort gemessenen Werte seien zwar keine aussergewöhnliche Erscheinung; im Bodensee seien jüngst Fische mit einer Belastung von 500 Bq/kg gefangen worden. Die Europäische Gemeinschaft setzte einen Grenzwert von höchstens 600 Bq/kg fest [von der Schweiz am 8.9.86 als Toleranzwert übernommen]. BT, 10.6.87

Schweiz Nur die «wirtschaftlich schwächeren» Schaf- und Ziegenhalter, Heil- und Gewürzproduzenten sowie die Luganerseefischer sollen vom Bund für Tschernobyl-Schäden entschädigt werden. Gemüse- und Milchproduzenten seien in der Lage, die entstandenen Verluste selbst zu tragen. In diesem Sinne hat der Bundesrat eine Botschaft verabschiedet, die die Rechtsgrundlage für «freiwillige Zahlungen» im Umfang von 1,5 bis 2 Millionen Franken schaffen soll. Entschädigungspflichtig aufgrund des Verantwortlichkeitsgesetzes wären Verluste nur dann, wenn sie durch widerrechtliche Handlungen von Beamten entstanden wären. Ob eine Schadenersatzpflicht aufgrund des Kernenergie-Haftpflichtgesetzes bestehen könnte, sei «schwieriger

zu beurteilen». Die Regierung vertritt die Ansicht, dass die Verkaufsausfälle bei Lebensmitteln nicht eine direkte Folge des Austritts von Radioaktivität gewesen seien, sondern vor allem auf irrationale Panik der Konsumenten in der Folge von in- und ausländischen Empfehlungen und Medieninformationen zurückzuführen seien. TA, 16.6.87

ENERGIE SZENE SCHWEIZ

Schweiz Ein Abkommen zwischen der Schweiz und der Volksrepublik China eröffnet der Schweizer Atom-Wirtschaft neue Geschäftsmöglichkeiten. Der Bundesrat legt ein Rahmenabkommen vor, das nicht nur den Export abgebrannter Brennelemente ermöglicht, sondern auch Endlagerung und Technologietransfer aus der Schweiz nach China. Schlecht informiert ist der zuständige «Atomminister» der Schweiz, Herbert von Arx, im Eidgenössischen Departement für Auswärtige Angelegenheiten. Das Abkommen bietet laut von Arx die Basis für allfällige Lieferungen abgebrannter Brennelemente nach China. Entsprechende Angebote würden bereits vorliegen. Aber von Seiten der Nagra und der Atomkraftwerksbetreiber seien noch keine Kontakte geknüpft worden. Diese Kontakte bestehen jedoch schon längere Zeit. AZ, 21.5.87

Schweiz Die beiden Kernphysiker Walter Seifritz (Sektionschef am EIR) und Johannes Menning (ETH) wollen mit Hilfe der nichtlinearen Dynamik ergründen, unter welchen Bedingungen die Bevölkerung bereit ist, sich mit der Nutzung der Kernenergie abzufinden. Zu diesem Zweck ist beim Nationalen Energieforschungsfonds (NEFF) ein Kredit-Gesuch von 840 000 Franken hängig. Originalton des EIR-internen Papiers mit dem Titel «Der Einfluss der Medien auf die Akzeptanzproblematik der Kernenergie» (Schlussfolgerung): «Unseres Wissens ist hiermit [dieser Einfluss] zum erstenmal quantitativ studiert worden. Die Tatsache, dass das Aktionsfeld Befürworter, Medien und installierte Kernenergieleistung nichtlinear verkoppelt sind, zeigt, dass beim «Überschies-sen» der Medien-intensität soziales Chaos erzeugt werden kann. (...) Was wir

daraus lernen können? Erstens, dass wir soziale Wesen durchaus «aus uns selbst» chaotische Zustände erzeugen können, und zweitens, dass es wichtig ist zu sehen, in welchem Zustand sich unser System befindet: Denn nur unter gewissen Bedingungen gelingt es, Gleichgewichtszustände, die man vorher vielleicht anvisierte, auch tatsächlich zu erreichen. Weiss man andererseits, dass sich das System im chaotischen Zustand befindet und man dies nicht ändern kann, so hat es auch keinen Sinn, über die Zukunft nachzudenken, da das selbst aufgeprägte irrationale Verhalten eine rationale asymptotische Gleichgewichtsplanung verunmöglicht. Die einzige Möglichkeit, die wir sehen, um dennoch dem Chaos zu entgehen, liegt nicht darin, die Technik zu ändern, sondern die exogene Medienintensität zu dämpfen.» aus: WoZ, 3.7.87

Kaiseraugst Die «Gewaltfreie Aktion gegen das AKW Kaiseraugst» (Gagak) hat die KKW Kaiseraugst AG in Verdacht, sie wolle mit dem umstrittenen Bau beginnen. Denn sie werde nächstens ein Baugesuch einreichen, gemäss dem für seismotektonische Abklärungen etwa 50 000 Kubikmeter Erde ausgehoben werden sollen. Diese Baugrube könnte später für das Fundament des geplanten Atomkraftwerkes verwendet werden. AZ, 7.7.87

Kraftwerke Noch mehr Strom aus unseren Alpen und Flüssen herauszupressen schien lange Zeit verantwortungslos. 1975 erklärte sogar der Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke: «Ein weiterer Ausbau der Wasserkraft ist aus Gründen der Wirtschaftlichkeit und des Landschaftsschutzes nicht möglich.» Deshalb müsse künftig der wachsende Strombedarf mit Atomenergie gedeckt werden, hiess es. 1987 gilt das offensichtlich nicht mehr. Jetzt ist es gerade umgekehrt. Je mehr Strom in Kernkraftwerken produziert wird, um so mehr neue Stauseen müssen gebaut werden [über 60 Projekte sind hängig]. Mit ihrem Pumpspeichervolumen bieten neue Stauseen die Möglichkeit, minderwertige importierte Bandenergie [aus AKWs] in teuer absetzbare, schweizerische Spitzenenergie zu verwandeln. «Stromveredelung» nennen es die Elektrizitätswerke und machen so aus Sommerstrom Winterstrom, aus Atomkraft Wasserkraft. Dazu die Informationsstelle für Elektrizitätsanwendung (INFEL): «Pumpspeicherung ist aber immer mit Stromverlusten verbunden: Von der zugeführten Energie lassen sich nur etwa drei Viertel zurückgewinnen.» [Die geplante

«Super-Dixence» beispielsweise soll eine Milliarde Franken kosten, aber keine zusätzliche Energie liefern.]
aus: SW, 21. 7. 87

Mühleberg/SES «In Tränengas, Geschrei, Wut und Trauer sind sie untergegangen, die Inhalte der Kundgebung vom 25. April in Bern zum Jahrestag der Reaktor-katastrophe von Tschernobyl. Die Schweizerische Energie-Stiftung (SES) hofft nun, dass sie am kommenden Pfingsttag und -sonntag durchkommen werden: Die Veranstaltungen von Bern und Mühleberg möchten Ausdruck davon sein, dass drei Viertel der Schweizer Bevölkerung aus der Atomenergie aussteigen und in eine menschen- und umweltfreundliche Energieversorgung einsteigen wollen.

Sicherheitstechnisch ist es absolut bedenklich, dass für das zweitälteste Atomkraftwerk der Schweiz, Mühleberg, nur 16 Kilometer von Bern entfernt, immer noch keine Risiko-studie vorliegt, ja eine solche nicht einmal in Auftrag gegeben worden ist. Offenbar befürchtet die Betreiberin des AKWs, die Bernische Kraftwerke AG, dass eine Schwachstellenanalyse noch schlechtere Resultate an den Tag bringen würde als in Beznau. Hier kommt die entsprechende Studie zum Schluss, dass eine Kernschmelze einmal in 588 Jahren auftritt – Terrorismus und menschliches Versagen nicht eingerechnet. Diese Wahrscheinlichkeit ist gleich gross, wie wenn man aus einem Kartenspiel von 21 Karten den Schwarzen Peter zieht. Das ist oft! – und erst noch Theorie: Die Katastrophe kann sich ja bereits morgen ereignen. Sogar die nukleare Aufsichtsbehörde des Bundes, die Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen (HSK), ist in ihrem vor kurzem erstmals veröffentlichten Jahresbericht der Ansicht, dass nur die Sicherheit von Leibstadt und Gösgen als gut bewertet werden könne.

Also fordert die SES, dass Mühleberg solange abgestellt werden muss, bis der Öffentlichkeit eine systematische, unter Beizug kritischer Wissenschaftler entstandene Schwachstellenanalyse des Werkes vorliegt. Damit soll auch das 100 Millionen Franken teure Nachrüstungs-Projekt SUSAN unverzüglich gestoppt werden. Erst wenn die Schwachstellen detailliert bekannt sind, kann ein solches Vorhaben gezielt vernünftig durchgeführt werden. (...)»
SES, 4. 6. 87

Refuna Der Ausbau des Würenlinger Fernwärmenetzes tritt in die Endphase. Die Gemeinde bewilligte Ende Juni den zweiten Nachfinanzierungskredit von 4,3 Mil-

lionen Franken. Damit sind die Kosten von anfänglich – 1983 – 8 Millionen auf mehr als das Doppelte angewachsen: 16,5 Millionen. In der Lokalpresse veröffentlichte die Gemeinde Würenlingen eine Prozentrechnung zur Anschlussentwicklung an das Fernwärmenetz. Bei insgesamt 674 im Versorgungsgebiet befindlichen Liegenschaften werden die 100 Häuser mit Elektroheizungen genau gleich verrechnet, wie wenn es sich um Refuna-Anschlüsse handeln würde. Diese beziehen aber ihre Wärme nicht vom Fernwärmenetz. Die richtige Anschluss-quotenrechnung: Bei 674 Häusern haben sich bis heute 401 Liegenschaften angeschlossen, also erst 59,5 Prozent. Damit die Refuna AG wirtschaftlich hantieren kann, wären laut offiziellen Angaben mindestens 80 Prozent wünschenswert.
AZ, 14. 7. 87

Fola Auch das Fernwärmeprojekt Olten-Aarau (Fola) vom Kernkraftwerk Gösgen aus droht zu scheitern. Wie beim Badener Projekt Transwal, das bei der Abstimmung in Wettingen und Neuenhof eine Schlappe eingefangen hat, gehen auch im Kanton Solothurn einige Gemeinden auf Distanz. Der ganze Westast Richtung Olten ist bis auf weiteres sistiert.
TA, 7. 7. 87

Warheno Keine vierzehn Tage nach den für die Fernwärmebefürworter so ernüchternd ausgefallenen Urnengängen über Transwal stellte sich Ende Juni in Basel eine IG Warheno der Öffentlichkeit vor, die eine Machbarkeitsstudie für eine Fernwärmeversorgung vom deutschen Waldshut bis Basel entlang dem Rhein präsentierte. Kosten soll das ganze Projekt über eine Milliarde Franken, 500 Millionen entfallen dabei allein auf das 100 Kilometer lange Primärleitungsnetz von Leibstadt nach Basel und zurück. Auf 16 Millionen Franken belaufen sich allein die Planungs- und Projektarbeiten, und für Unvorhergesehenes hat man jetzt schon 42 zusätzliche Millionen eingesetzt.
TA, 20. 7. 87

Bern Die rot-grüne Berner Regierung, die einen planmässigen Ausstieg aus der Atomenergie befürwortet, hat verhindert, dass militante AKW-Gegner im Verwaltungsrat der Bernischen Kraftwerke AG (BKW) Einsitz nehmen: An der Generalversammlung des Unternehmens, das zu 71 Prozent im Besitze des Kantons Bern ist, wählte der Regierungsvertreter, SVP-Finanzdirektor Ueli Augsburg,

keinen der beiden Kandidaten der Gesamtschweizerischen Konferenz zur Stilllegung der Atomkraftwerke, obwohl das Stimmenpaket der Regierung dies möglich gemacht hätte. Die BKW-Generalversammlung verlief bei der Wahl des Verwaltungsrates teilweise turbulent: AKW-Gegner wurden niedergeschrien, und als dies nutzlos blieb – wurde ihnen das Mikrofon abgestellt.
TA, 20. 6. 87

Bern Die BKW sollen vom Kanton Bern wie die SBB einen Leistungsauftrag bekommen. Die Berner Regierung ist bereit, eine entsprechende Motion von Rudolf H. Strahm (SP) anzunehmen. Der Leistungsauftrag soll die energiepolitischen Grundsätze des Kantons Bern festlegen und im bernischen Energiegesetz verankert werden.
BZ, 4. 8. 87

Baselland Weichen in der Energiepolitik werden auch auf [kommunaler] Ebene gestellt, so zurzeit im Kanton Baselland, wo die Elektra Baselland (EBL) mit 40 Gemeinden neue Konzessionsverträge auszuhandeln versucht. Dabei stehen sich die Interessen der profitorientierten EBL und die einer AKW-kritischen Region gegenüber, die sich wiederholt für eine neue, sparsame Energiepolitik ohne Atomkraftwerke ausgesprochen hat.
TA, 18. 6. 87

Genf Der Genfer Staatsrat hat in einem Brief an den Bundesrat ein Sicherheitsgutachten über das französische AKW Creys-Malville durch die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) in Wien gewünscht. Er erachtet ein Gutachten als nötig, da es im Falle eines wirklichen Unfalls in Creys-Malville auch zu schwerwiegenden Auswirkungen für die Westschweiz kommen könnte. Eine Expertise sei auch für allfällige Schritte gegenüber Frankreich notwendig.
VR, 20. 7. 87

Solothurn Der Kanton Solothurn soll sich mit einer Standesinitiative für die Stilllegung des AKWs Gösgen einsetzen. Dies verlangt ein am 3. Juni eingereichtes Volksbegehren, das von 4367 Personen unterzeichnet wurde. 4000 Unterschriften waren nötig. Die Solothurner Stimmbürger werden voraussichtlich bereits am 6. Dezember darüber abstimmen können.
BZ, 4. 6. 87